



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/113

12. September 1949

## Nach der Wahl

P.R. Die Deutsche Bundesrepublik hat jetzt ihren ersten Präsidenten. Seine Person, die nach vollzogener Wahl über dem Streit der Parteien stehen soll, wird, das ist eine Selbstverständlichkeit, in der Ausübung ihres hohen Amtes von der Sozialdemokratie voll respektiert werden, wenn das Staatsoberhaupt seine Pflicht im Sinne strenger Objektivität und absoluter Staatstreue erfüllt.

Etwas ganz anderes war die Erwartung gewisser nicht sozialdemokratischer Kreise, die von manchen Sozialdemokraten fast schon als Zumutung aufgefasst wurde, die Sozialdemokratie möge ausdrücklich ja zu der Wahl von Professor Heuss sagen. Das war für die SPD nicht möglich. Es erscheint uns in diesem Augenblick unangebracht, auf die Gründe im einzelnen einzugehen, die diese Haltung der Sozialdemokratie bedingt haben, zumal darüber vor dem 12. September bereits oft und offen gesprochen worden ist. Professor Heuss ist eine auffallend repräsentative Erscheinung, die vor allem auch in dieser Hinsicht ganz dem hohen Amt entspricht, das er nun bekleidet, ein Amt, das heute im übrigen ungleich weniger politische Substanz hat als seinerzeit das Amt des Reichspräsidenten in der Zeit von Weimar.

In der gemeinsamen Sitzung der sozialdemokratischen Wahlmänner, also der Bundestagsmitglieder und der von den Landtagen gewählten Delegierten, bestand in der Frage der Kandidatur Schumachers keine Einigkeit. Eine grosse Anzahl der Anwesenden stellte sich auf den Standpunkt und vertrat ihn freimütig, dass Kurt Schumacher als die Verkörperung der sozialdemokratischen Oppositionspolitik schlechthin und insbesondere der Politik der Beschlüsse von Dürkheim und ihrer Bestätigung in Köln in keinem Fall von seinen eigentlichen Aufgaben abgezogen werden dürfe. Von vielem anderen abgesehen besass dieses Argument schon deshalb keine durchschlagende Kraft, weil bei der politischen Gesamtkonstellation in der Bundesversammlung ein sozialdemokratischer Erfolg unwahrscheinlich war. Irgend ein anderer personeller Vorschlag stand nicht zur Beschlussfassung, wenn auch einige Möglichkeiten, wie die einer Kandidatur des früheren Reichstagspräsidenten Loebe und der ehemaligen Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schröder, diskutiert worden.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Delegierten schloss sich schliesslich dem Vorschlag des Fraktionsvorstandes aus einer ganzen Reihe gewichtiger Überlegungen an:

Die Frage des Bundespräsidenten ist nicht isoliert von der allgemeinen politischen Situation zu beurteilen. Es gab eine Fülle von

Anzeichen dafür, dass es der politischen Gruppierung, die die künftige Regierung bilden wird, von vornherein und unter allen Umständen darauf ankam, die Frage der Besetzung des Präsidentenamtes im Rahmen ihrer parteipolitischen Regierungspläne zu beantworten. Darauf ist es auch zurückzuführen, dass 28 Tage lang keine ernstzunehmende Fühlungnahme von dieser Seite mit der SPD aufgenommen wurde, dass sich Dr. Adenauer vielmehr erst 48 Stunden vor der Wahl unter dem Druck einiger seiner Kollegen entschloss, diese Verbindung herzustellen. Er hat aber auch bei dieser Gelegenheit im Grunde kaum etwas anderes vorgeschlagen, als dass die Sozialdemokraten dem bereits unter den Regierungsparteien intern ausgehandelten Kandidaten zustimmen sollten. Eine andere Persönlichkeit, für die die SPD hätte stimmen können, fand sich auch bei dieser Unterhaltung nicht.

Die SPD hat die Entwicklung der letzten Zeit bedauert. Nach ihrer Auffassung hat der Präsident der Bundesrepublik die Aufgabe, ein ausgleichender neutralisierender Faktor zwischen den grossen Gegensätzen zu sein, die im staatlichen und politischen Leben nun einmal vorhanden sind. Die Verwirklichung dieses Prinzips schien der SPD dadurch gefährdet, dass die Kandidatur als ein Teil von Erwägungen aufgestellt wurde, die sich auf die unbedingte Geschlossenheit des gesamten Regierungsapparates einschliesslich des Amtes des Präsidenten im Sinne einer bestimmten Parteienkombination bezogen.

Theoretisch hätte die SPD die Möglichkeit gehabt, einen Mann zu nominieren, von dem anzunehmen war, dass er auch weiten Kreisen der zur Mitte hin angrenzenden Gruppen tragbar erschienen wäre. Aber ein solches Verfahren konnte der Missdeutung Tor und Tür öffnen, die die SPD wollte doch noch versuchen, in irgend einer Form Einfluss zu gewinnen, wo sie bei der gegenwärtigen politischen Kräfteverteilung nach ihrer Ansicht keinen Erfolg gewinnen kann, zumindest nicht in dem Umfang, den sie für unerlässlich hält, wenn ihre Politik Erfolg haben soll. So kam man zu der Kandidatur Schumacher, die die Oppositionsstellung der Partei bewusst sehr stark unterstreicht. Die Wahl Schumachers schien freilich unter den gegebenen Umständen sehr unwahrscheinlich. Die Zahl der Stimmen aber, die er schliesslich auf sich vereinen konnte, war dessen ungeachtet unerwartet gross.

Gewerkschaftskongress in Bridlington

E.U. London, im September

Mit der Annahme des wirtschaftlichen Berichtes durch 6.485.000 gegen 1.038.000 Stimmen und der Rede des Generalsekretärs des Gewerkschaftskongresses Vincent Tewson, in der er diesen Bericht einführte, war der wesentliche Teil des Kongresses beendet. Es war zweifellos der wichtigste Gewerkschaftskongress, seit Labour in England regiert und der Besuch und die Rede des Attlees haben diese Bedeutung nur unterstrichen. Es war der letzte Kongress vor den allgemeinen Wahlen, und eine völlige Einigkeit zu erreichen, war daher wichtiger in Bridlington als in Blackpool.

Sir William Lawther, der Präsident des Kongresses, brachte den richtigen Ton mit , als er den Hauptproblemen der Gewerkschaften die richtige Perspektive gab. Der Kampf der Trade Unions, so erklärte er, gelte vor allem dem Kapitalismus und seinen Vertretern und man dürfte sich nicht zu sehr in kleineren, wenn auch wichtigen Fragen verzetteln. Der Bruch mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist von weniger als einer Million Stimmen abgelehnt worden und die offizielle Politik der Gewerkschaftsführung den Kommunisten im Lande gegenüber ist mit einer grossen Majorität unterstützt worden.

Selbstverständlich kam es auch zu Auseinandersetzungen und eine grosse Anzahl der Kritiken sind durchaus gerechtfertigt. Seit 30 Jahren ist die Struktur des Gewerkschaftskongresses unverändert geblieben. Zwei grosse Gewerkschaften, die der Transportarbeiter und der Municipal Workers (Kommunal-Angestellte) geben den Ton an, und andere, die erst in den letzten zwanzig Jahren an Bedeutung gewonnen haben, sind entweder überhaupt nicht oder ungenügend vertreten. So haben z.B. die Metallarbeiter und Mechaniker, die seit 1923 sich fast verdreifacht haben, nur drei Vertreter, und die Töpfer-, Glas- und chemischen Industrien haben alle zusammen nur einen einzigen Delegierten.

Solche technischen Fehler bringen natürlich Bitterkeit mit sich, aber der Kongress hat eingesehen, dass für Korrekturen der gegenwärtige Zeitpunkt ungünstig sei, und nachdem sich die erhitzten Elemente in den ersten beiden Tagen genügend ausgetobt hatten, waren die Delegierten bereit, der ernsthaften und ruhigen Rede Attlees zu folgen.  
starken

Clement Attlee hatte einen Willkommensapplaus. Der sonst so scheue Ministerpräsident, der in intellektuellen Kreisen stark kritisiert wird, hat sich als ein wirklicher Führer der Arbeiterklassen

12. September 1949

erwiesen. Seine ruhige, überlegte Art gab den Ausschlag. Nur er konnte es sich leisten, eines der Grundprinzipie der englischen Gewerkschaften anzugreifen, das der Gleichberechtigung innerhalb der Gewerkschaften. Bisher berechtigte jede Lohnerhöhung für irgendeine Kategorie von Arbeitern alle anderen Kategorien innerhalb der gleichen Organisation automatisch zu derselben Erhöhung. Attlee zeigte, dass ein solches Prinzip den schlechtest bezahlten Kategorien schadet, denn die englische Regierung sei heute nicht in der Lage, allen eine Lohnerhöhung zu gewähren. Der Applaus, mit dem Attlee nach der Rede gedankt wurde, bewies, dass der Kongress Attlee recht gab.

Der realistische wirtschaftliche Bericht Vincent Tewsons stellte die augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands unverbrämt dar, die Folgerung, dass es unmöglich sei, Lohnerhöhungen und weitere Kürzung der Arbeitszeit zu gewähren, ohne dabei Arbeitslosigkeit und einen reduzierten Lebensstandard zu riskieren, wurde mit einem Stimmenverhältnis von etwa 6 : 1 anerkannt. (b/99/2/he)

#### ----- Internationale Diskussion -----

RAP. Die vom 11. bis 16. September 1949 in dem ehemaligen Landschloss Örenäs (Halbinsel Schonen, Schweden) stattfindende Sachverständigenkonferenz des COMISCO wird auch von Delegierten der deutschen Sozialdemokratie besucht sein. Die Tagesordnung umfasst Diskussionen über die Mitbestimmung der Arbeiter in sozialisierten und privaten Unternehmungen, über die Mittel und Methoden zur Anreizung der Arbeitslust bei gegebener Vollbeschäftigung, über die Bewegungen und Fluktuationen der Arbeitskräfte, sowie über Lohn- und Freispolitik bei Vollbeschäftigung. Ferner ist auf besondere Anregung auch eine Diskussion über die gegenwärtige Krise im internationalen Zahlungsausgleich vorgesehen. Die Konferenz soll zu den genannten Problemen Resolutionen fassen. Man erhofft davon einen Fortschritt in der europäischen Verständigung.

#### ----- Wachsendes Plansoll der tschechischen Justiz -----

(sp) Nachdem vor kurzem in der Tschechoslowakei sechs Personen wegen eines angeblichen Umsturzversuches zum Tode verurteilt worden waren, beschäftigt sich die tschechische Öffentlichkeit mit einem neuen Todesurteil. Die wachsende Zahl von Prozessen wegen Delikten gegen die "Sicherheit des Staates" ist aufschlussreich, noch aufschlussreicher ist die Berichterstattung über die Prozesse selbst. Richter und Journalisten bedienen sich dabei des bekannten sowjetrussischen Jargons, während die nicht bewiesenen, sondern nur behaupteten Delikte in keinem Verhältnis zum Strafausmass stehen. Vor wenigen Tagen hat in Melnik vor dem Staatsgerichtshof ein solcher Prozess stattgefunden, bei dem ein Angeklagter zum Tode, die übrigen zu Zuchthausstrafen von acht bis 25 Jahren verurteilt wurden. "Gruppen von Desperados, Abenteurern und verbrecherischen Elementen im Ausländischen Diensten" hätten versucht, "die Entwicklung aufzuhalten und bei uns Chaos, Verwirrung und Umsturz hervorzurufen". Sie hätten Zeitungsausschnitte aus der "Neuen Zürcher Zeitung" in Melnik und Umgebung verbreitet. In die Wohnung eines kommunistischen Funktionärs hätten sie Bomben geworfen, ebenso in eine kommunistische Versammlung. Infolge eines technischen Fehlers sei aber diese Bombe nicht explodiert. (b/88/2/he)

"Ohne Geschäftsbereich"

sp. Es gibt in der politischen Struktur eines jeden Systems Einrichtungen, die nützlich und notwendig sind, obwohl sie oft störend wirken. Und es gibt andere, die im öffentlichen Bewusstsein als unangenehm empfunden werden, weil sie überflüssig sind. Zur zweiten Gruppe gehören, wie uns scheint, Ministerien "ohne Geschäftsbereich", von denen jetzt wieder in der Schlussphase der Regierungsbildung soviel gesprochen wird. Sie sind zumindest für die junge Deutsche Republik, den Torso von Bonn, überflüssig. In den angelsächsischen und nordischen Demokratien ist die Einrichtung des ressortlosen Ministers durchaus ungebräuchlich.

Weshalb schafft man eigentlich diese Einrichtungen in anderen Ländern? In den meisten Fällen deshalb, weil eine oder mehrere Parteien an einer Regierung und einem Verhältnis beteiligt werden sollen, das nicht mehr im Rahmen der vorhandenen ministeriellen Fachgebiete ausbalanciert werden kann. Sie sind sozusagen parteipolitische Tauschobjekte, ihr Wert erschöpft sich im Grunde in der Stärkung dieser Parteien bei Abstimmungen innerhalb der Regierung. Sicher ist auf diese Weise schon manche Regierung schneller zustande gekommen als es ohne diese Hilfskonstruktion möglich gewesen wäre. Man kann auch zugeben, dass in einzelnen Fällen in Regierungen grosser Staaten der ressortlose Minister Sonderfunktionen übernehmen kann, die hin und wieder in besonderen Situationen anfallen und deren Bedeutung Entscheidungen von ministeriellem Gewicht erfordert, ohne dass die entsprechende Aufgabe in ein Fachgebiet fällt. Das aber wird nur sehr selten der Fall sein.

Das klassische Land der Minister "ohne Geschäftsbereich", ist Frankreich. Dort sind die Grenzen der Parteipolitik im ständigen Fluss und ihre komplizierte Arithmetik gehört zum besonderen Charakter des französischen Parlamentarismus. Ausserdem besitzt der Durchschnittsfranzose ein stärkeres Gefühl für die unvermeidbare menschliche Unzulänglichkeit auch in der Politik, und er findet sich des-

halb schneller mit Institutionen ab, die dieses Kennzeichen besonders deutlich tragen.

In der jungen Deutschen Republik liegen die Dinge ganz anders. Sie hat sehr sorgfältig auf ihr Ansehen in der Öffentlichkeit zu achten. In der Sache ist es ausserdem so, dass die Souveränität und Freizügigkeit der einzelnen Fachministerien ohnehin durch Besatzungsstatut, Ruhrstatut und Sicherheitsamt erheblich eingeschränkt sein wird, dass eine selbständige Aussenpolitik, die ohnehin natürlich einem Minister mit diesem Amtsberreich vorbehalten sein müsste, zunächst entfällt und vieles anderes fragmentarisch ist. In dieser politischen Landschaft wirken Minister widersinnig, die von Beginn an ohne einen fest umrissenen Arbeitsauftrag sind und deren oberste Repräsentation nur dadurch Existenzberechtigung erhalten, wenn sie die Lösung einer schwierigen Aufgabe des partipolitischen Ausgleichs erleichtern.

Sachlichkeit und nicht Rücksicht auf das Prestige irgend einer Partei ist notwendig. Die Einrichtung des Ministers "ohne Geschäftsbereich" im westdeutschen Bumpfstaat wäre ein offenkundiger Verstoß gegen diesen Grundsatz. Sie wäre ausserdem eine völlig unnötige finanzielle Belastung.

-----

#### Die Grenzen der präsidentialen Macht

(sp) Die Stellung des Reichspräsidenten der Weimarer Verfassung war sehr viel stärker als die des Bundespräsidenten. Jener war vom Volke gewählt und darum Träger einer besonderen Autorität und Legitimität. Dieser aber wird von der Bundesversammlung gewählt, die aus den Mitgliedern des Bundestages und einer grossen Anzahl von Mitgliedern besteht, die von den Landtagen gewählt werden. Dem Bundespräsidenten steht kein Artikel 48 mehr zur Verfügung, es gibt keine Wehrmacht mehr, deren Oberbefehl er führen könnte. Er kann nicht, wie der einstige Reichspräsident, den Kanzler künftig ernennen und entlassen. Er kann keine Bundesexekution anordnen und auch das Parlament nicht selbständig auflösen, wie Artikel 25 der Weimarer Verfassung es vorsah.

Was ist dem Bundespräsidenten an Rechten geblieben? Er vertritt den Bund völkerrechtlich, er erkennt und entlässt die Bundesbeamten und Bundesrichter. Er übt in einzelnen Fällen das Begnadigungsrecht aus. Er macht dem Bundestag einen ersten Vorschlag für die Wahl des Bundeskanzlers, aber der Bundestag ist, wenn der Vorgeschlagene nicht im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt, frei, einen eigenen Kandidaten zu wählen und wenn der Bundeskanzler durch ein erfolgreich eingebrachtes Misstrauensvotum gestürzt werden soll, muss der Bundespräsident den vom Bundestag gewählten Nachfolger unbeschoren ernennen. Schliesslich hat der Bundespräsident bei der Feststellung mitzuwirken, ob ein Gesetzgebungsnotstand im Sinne des Art. 81 des Bonner Grundgesetzes gegeben ist.

Das sind ungefähr alle seine wesentlichen Befugnisse. Trotzdem wird der Inhaber dieses hohen Amtes die Möglichkeit zu fruchtbarer Wirkung haben, wenn er begreift, dass auch ein "pouvoir neutre" echte Autorität zu verleihen vermag, und wenn der Inhaber des Amtes weiss, dass die Aktion nicht die einzige Möglichkeit politischen Wirkens ist.

(Aus einem Kommentar von Prof. Carlo Schmid zu der Bedeutung der Bundesorgane.)

Saarland - Oh Land! (sp.) Die einzige saarländische Zeitung, die eine gewisse Opposition gegen den separatistischen Kurs der Saarregierung wagt, ist die humoristische Zeitschrift "Der Tintenfisch". Sie unterliegt seit einiger Zeit der Vorzensur. Die letzte Beschlagnahme des "Tintenfischs" erfolgte wegen der witzigen Persiflage "Der Saarfaut", in der Mephisto den Saarfaut mit der Versprechung von Kognak, Kudein, Butter und Speck veranlasst, seine Seele zu verkaufen.

Vor einigen Wochen veröffentlichte der "Tintenfisch" einen Text für die saarländische Nationalhymne, für die die Regierung einen Preis von 20.000 Francs ausgesetzt hat. Der Text lautet:

Saarland = Oh Land!  
 Mein Land = Deir Land!  
 Unser Land = Euer Land!  
 Sein Land = Ihr Land!  
 Saarland = Oh Land.

Die Redaktion des "Tintenfisch" hat, wie verlautet, die Absicht, dem Saarland wegen der fortgesetzten Zensureingriffe den Rücken zu kehren, und ihr Blatt in Deutschland unter dem Titel "Der Tintenfisch" zu veröffentlichen.

(b/E.67/2/129/as)